

Obamas Iran-Politik zwischen Sanktionen und Diplomatie

Atomprogramm erreicht 2009 kritischen Punkt

Gudrun Harrer

Wien – Die Warnungen vor einer baldigen Iran-Krise – „Israel wird nicht untätig werden“, wurde etwa am Freitag der frühere US-Verteidigungsminister William Perry zitiert – fliegen dem künftigen Präsidenten Barack Obama nur so um die Ohren. Es gab sogar vereinzelt Spekulationen, dass Israel die Zeit vor dem 20. Jänner für einen Alleingang, einen Luftschlag gegen die iranischen Nuklearanlagen, nützen könnte. Andere halten es für unwahrscheinlich, dass Israel das Verhältnis zu Obama, der sich prinzipiell für einen Dialog ausgesprochen hat, gleich zu Beginn seiner Amtszeit so belasten könnte.

Die Schätzungen, wie viel niedrig angereichertes Uran (LEU) der Iran produzieren muss, um damit genügend hoch angereichertes (HEU) für eine Waffe herstellen zu können, schwanken zwar (700 bis 1000 kg) – aber die Analysten sind sich ziemlich einig, dass irgendwann 2009 dieser Punkt – genug LEU – erreicht wird. Es gibt zwei Philosophien: 1. Der Iran darf gar nicht so weit kommen. 2. Es muss verhindert werden, dass der Iran seine dann vorhandene „Break-out Capability“ nützt, also das LEU tatsächlich in HEU weiter anreichert.

Unbemerkt ist dies übrigens nicht möglich, außer der Iran bricht vorher komplett mit der IAEO (Internationale Atomenergiebehörde). Ein Militärschlag wäre bestimmt ein Anlass dafür. Auch angesichts der Tatsachen – das Uran-Anreicherungsprogramm macht langsame, aber stetige Fortschritte – wird die Frage immer wichtiger, wie 2. zu erreichen ist. Darüber scheiden sich die Geister. Was beim Umgang mit Teheran im Zentrum stehen soll, die Diplomatie oder die Sanktion, ist die Hauptfrage für Obama. Wird allerdings wirklich, wie kolportiert, Bill Clintons damaliger Nahostbeauftragter Dennis Ross Obamas Mann für den Iran, dann ist weiter damit zu rechnen, dass die Peitsche vor dem Zuckerbrot kommt.

Laut Trita Parsi vom National Iranian American Council (NIAC) ist es jedoch nicht mehr die Frage, ob die USA mit dem Iran reden werden, sondern nur mehr wie und wann. Vermehrt kommen von US-Offiziellen Anspielungen auf „gemeinsame Interessen“ Irans und der USA, etwa in Afghanistan – so am Donnerstag von Central-Command-Chef General David Petraeus bei einer Konferenz in Washington darüber, was auf Obama zukommt. Das Schlagwort „regionale Zusam-

menarbeit“ inkludiert Iran, ohne dass man es ausspricht.

Für Ray Takeyh vom Council of Foreign Relations ist, wie er in einem Artikel für den *Boston Globe* schreibt, eine iranische Haltungsänderung am ehesten zu erreichen, indem man „eine Situation schafft, in der Irans Führung strategische Vorteile darin sieht, sich an internationale Normen zu halten“.

Takeyh geht dabei ziemlich weit: Für diese Verhaltensänderung (nicht nur im Atomstreit, auch die Aufgabe seiner Unterstützung für Hisbollah und Hamas und eine konstruktive Rolle im Irak) sei Teheran „eine Gelegenheit zum führenden regionalen Staat aufzusteigen“ zu bieten. Das dürfte jedoch nicht nur Israel, sondern auch vielen Arabern in der Region missfallen.

Die Frage kann natürlich nicht ignoriert werden, wie es im Iran innenpolitisch weitergeht – und das werden Obama und die internationale Gemeinschaft erst nach den iranischen Präsidentschaftswahlen im Juni wissen. Auch wenn viele Iraner – auch im politischen Establishment – Präsident Mahmud Ahmadi-Nejads Politik als schädigend empfinden, bleibt zu sehen, ob die Islamische Republik Iran, die heuer ihr 30. Gründungsjahr feiert, die Gegnerschaft zu den USA nicht für ihr mühsam aufrechterhaltenes revolutionäres Selbstverständnis braucht.

Die Wahl Obamas, so Karim Sadjadpour (Carnegie Endowment, Washington) habe jedoch heftig am iranischen Narrativ über die USA gekratzt: Im bösen Amerika wird einer Präsident, dessen Mittelname „Hussein“ ist! Aber die iranische Jugend war schon vorher die US-freundlichste im ganzen Mittleren Osten – und das passt wiederum nicht ins westliche Narrativ.



Hugo Chávez gibt sich entspannt: „Die Wirtschaftskrise ist eine Krise des Kapitalismus, und nicht des Sozialismus.“

Foto: Reuters

Chávez' Revolution steckt in Finanznöten

Venezuelas Hugo Chávez wird im Februar erneut über die Möglichkeit seiner unbegrenzten Wiederwahl abstimmen lassen. Das Votum soll noch stattfinden, bevor die Folgen der Finanzkrise das Land voll treffen.

Sandra Weiss

Caracas – Glaubt man Hugo Chávez, so hat die Wirtschaftskrise einen großen Bogen um Venezuela geschlagen. „Auch wenn die Ölpreise auf null sinken, wird die Revolution überleben. Venezuela hat genügend Ressourcen, um der Krise zu trotzen, die im Übrigen eine Krise des Kapitalismus ist, und nicht des Sozialismus“, tönte der Staatschef noch vor wenigen Wochen lautstark.

Doch die Realität sieht anders aus. Der Verfall des Ölpreises trifft den Karibikstaat hart, der 90 Prozent seiner Devisen und die Hälfte seines Haushalts aus dem Öllexport bezieht. Im Haushalt 2009 ist der Erdölpreis mit 60 Dollar veranschlagt – derzeit liegt er auf dem Weltmarkt bei der Hälfte.

Mehr als 35 Milliarden Dollar aus dem Erdöl flossen in den vergangenen Jahren in Chávez' revo-

lutionäre Fonds. Entsprechend großzügig verteilte der venezolanische Präsident die Gelder: Straßen- und U-Bahn-Bauten wurden in Angriff genommen, Bildungsprogramme für die arme Bevölkerung aufgelegt, und Milliarden von Dollar in Form von subventioniertem Erdöl oder „Entwicklungshilfe“ flossen in Bruderstaaten wie Kuba, Nicaragua und Bolivien.

So schnell, wie das Geld in die Kassen kam, so schnell gab es Chávez wieder aus: vier Milliarden Dollar für Waffen aus Russland, 400 Millionen Entwicklungshilfe für Nicaragua, zwei Milliarden für Verträge mit Kuba. Unsummen verschwanden zudem in den schwarzen Löchern der Korruption, eine unabhängige Buchprüfung gibt es in Venezuela nicht. Derart viel Geld ist im Umlauf und kann wegen Devisenverkehrskontrollen auch nicht anderswo ausgegeben werden, dass im abgelaufe-

nen Jahr die Inflation auf über 30 Prozent stieg.

Doch der Rausch dürfte auf sein Ende zusteuern. Fünf Milliarden Dollar befinden sich offiziellen Angaben zufolge derzeit noch in den Fonds, 42 Milliarden in der Zentralbank. Ein Teil der Rücklagen dürfte für den Wahlkampf reserviert sein. Denn die große Schlacht des Chavismo steht im Februar bevor: Dann will er die Bevölkerung erneut darüber abstimmen lassen, ob er unbegrenzt zur Wiederwahl antreten kann, womit die in der Verfassung verankerte Beschränkung auf zwei aufeinanderfolgende Mandate fiele. Zwar haben die Venezolaner 2007 eine derartige Verfassungsreform per Referendum abgelehnt; aber Chávez ist überzeugt, „für zehn weitere Jahre unentbehrlich“ zu sein.

Noch bevor die Krise zum Tragen komme, wolle Chávez das Referendum abhalten – so erklärt die Opposition die Eile, die der Staatschef dabei an den Tag legt. Im Stillen bastelt sein Wirtschaftsteam an Sparmaßnahmen. So wurden die Ministerien zu Einsparungen verdonnert und das Devisenkontingent für Venezolaner gekürzt.

„Ich hoffe auf einen Dominoeffekt“

Mit Barack Obamas Wahl zum US-Präsidenten rückt die Ratifizierung des Atomteststoppabkommens näher, glaubt Tibor Tóth. Mit dem Chef der CTBTO in Wien sprach Julia Raabe.



STANDARD: Was bedeutet die Wahl von Barack Obama für die Zukunft des Atomteststoppvertrags (CTBT)? Tóth: Es ist natürlich sehr wichtig, dass Obama den Atomteststoppvertrag unterstützt. Während des Wahlkampfs haben wir gehört,

dass er sich um den Ratifikationsprozess des CTBT kümmern möchte. Es ist natürlich eine Angelegenheit des Senats. Gleichzeitig kündigte Obama an, mit den Regierungen von Indien und Pakistan zusammenarbeiten zu wollen, um si-

cherzustellen, dass der Vertrag in Kraft treten kann. Neun Ratifizierungen stehen noch aus. Wenn sich die USA bewegen, heißt das aber nicht, dass die anderen warten sollten. Um ein Beispiel zu nennen: Wir bekommen sehr positive Andeutungen von Indonesien, China sollte nicht unbedingt warten, ebenso andere. Aber es ist ein Katalysator, es ist sehr wichtig.

STANDARD: Was heißt das konkret – positive Andeutungen?

Tóth: Es gab zwei Treffen mit hochrangigen Funktionären in Indonesien in diesem Jahr. Die Botschaft von allen war, dass sie an der Sache arbeiten. Ich bin also sehr optimistisch. Ich hoffe auf einen Dominoeffekt – dass mit der Ratifizierung in den USA die anderen Dominos zu fallen beginnen.

STANDARD: Wann rechnen Sie mit der Ratifizierung in den USA?

Tóth: Ich denke, sie könnte im Jahr 2010 stattfinden.

STANDARD: Wie könnte Barack Obama die inoffiziellen Atommächte Indien und Pakistan zur Ratifizierung des Teststoppabkommens bewegen?

Tóth: Das einzige Land, das Indien überzeugen kann, ist Indien. Das einzige Land, das Pakistan überzeugen kann, ist Pakistan. Sie müssen aus ihrer eigenen Perspektive der nationalen Sicherheit verstehen, warum der Vertrag wichtig für sie ist. Denken Sie an die jüngsten Terroranschläge, die sowohl auf indischem als auch auf pakistanischem Territorium stattgefunden haben. Es ist eine Erinnerung, dass

Nuklearwaffen eine Gefahr darstellen. Der Anstieg von spaltbarem Material, die wachsende Zahl von Einrichtungen, die damit umgehen, von Menschen, die damit zu tun haben, schaffen auch mit Blick auf den Terrorismus zusätzliche Herausforderungen.

STANDARD: Auch der Iran hat noch nicht ratifiziert.

Tóth: Der Iran ist mit dem CTBT in der einfachen Lage, zu zeigen, dass er sich die militärische Option nicht offenhalten will. Es gibt einen einfachen Weg: den Vertrag ratifizieren. Das wäre für alle Länder, die noch nicht ratifiziert haben, die einfachste Art zu zeigen, dass sie auf der richtigen Seite bleiben.

STANDARD: Wann könnte der Vertrag in Kraft treten?

Tóth: Der Vertrag ist in Reichweite. Wir brauchen politische Führung. Diese Führung kommt von den Vereinigten Staaten, sie wird untermauert von Ideen, wie es weitergehen soll bei der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und der nuklearen Abrüstung. Das Ergebnis davon ist: Es gibt ein Momentum, definitiv. Was ich sagen kann, ist, dass es nicht Monate dauern wird. Es gilt weiterhin, dass Rüstungskontrolle und Abrüstung mehr Zeit brauchen als einige Monate.

ZUR PERSON:

Der ungarische Diplomat Tibor Tóth leitet seit August 2005 die Atomteststoppbehörde (CTBTO) in Wien. Im vergangenen November ist er für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt worden. Foto: Getty

BMW EfficientDynamics
Weniger Emissionen. Mehr Fahrfreude.



Maßstab der Effizienz: der neue BMW 316i ab € 26.950,-

In jeder Hinsicht eine konkurrenzlose Ansage. Mit 122 PS verbraucht er dank BMW EfficientDynamics nur 5,9l/100km bei einer CO₂-Emission von ungeschlagenen 142 g/km. Und auch sonst weiß der BMW 316i mit Advantage Paket zu begeistern: mit 16" Leichtmetallrädern, Ablagenpaket und verschiebbarer Armauflage. Am besten gleich Probe fahren.

Der neue BMW 316i

www.bmw.at



Freude am Fahren